

Änderungsantrag

Hannover, den 14.06.2023

Fraktion der AfD

Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands verurteilen - Freiheitskampf der Ukraine weiterhin unterstützen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1537

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - Drs. 19/1621

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Für den Frieden in Europa einen Beitrag leisten - Eine niedersächsische Friedensinitiative zur Beendigung des Krieges in der Ukraine ins Leben rufen

Seit nunmehr 15 Monaten tobt in Europa ein völkerrechtswidriger Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Dieser bringt unendliches Leid für die Menschen und eine großflächige Zerstörung der Infrastruktur in der Ukraine mit sich. Viele Ukrainer haben ihr Heimatland fluchtartig verlassen müssen.

Die Zuspitzung des Russland-Ukraine-Konflikts hatte sich bereits seit Jahren als eine mögliche Krise mit erheblichem Gefahrenpotenzial abgezeichnet. Leider erwiesen sich die oftmals als Friedensgarant in Europa bezeichnete EU und ihre Mitgliedstaaten als zu schwach, um diesen Krieg in ihrer östlichen Nachbarschaft verhindern zu können.

Der aktuelle Krieg ist dabei auch ein Konflikt um verschiedene Wertvorstellungen und um politische Ordnungen. Nicht zuletzt haben wir es auch mit einem Stellvertreterkrieg zu tun. Die russische Seite sieht in der Unterstützung der Ukraine durch den Westen, insbesondere auch durch die USA, den Versuch, die russische Seite zu schwächen.

Der Landtag stellt fest:

- Krieg gegen die Zivilbevölkerung und gegen zivile Infrastruktur, egal von welcher Seite begangen, ist ein Kriegsverbrechen, welches auf das Schärfste zu verurteilen ist.
- Deutschland hat seine Rolle als neutraler Mittler in internationalen Konflikten größtenteils aufgegeben. Als Folge der bundesdeutschen Russland-Politik ist die deutsche Bevölkerung von einer galoppierenden Inflation und einer unsicheren Energieversorgung betroffen.
- Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine muss so schnell wie möglich beendet werden. Die Bundesregierung muss sich der Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa besinnen und auf allen diplomatischen Ebenen engagierter für die Beendigung der Kampfhandlungen in der Ukraine eintreten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. für die weitere militärische, finanzielle und politische Unterstützung der Ukraine die Bedingung gestellt wird, dass die ukrainische Seite glaubhaft ihre Bereitschaft zu Verhandlungen und Friedensgesprächen erklärt und dass dieses auch von Russland eingefordert wird,
2. gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt ein kontinuierlicher Dialog mit Vertretern beider Konfliktparteien etabliert wird, der umfassende und weitreichende Waffenstillstandsverhandlungen beider Kriegsparteien unterstützt, und
3. eine internationale Friedensdelegation unter Leitung eines Repräsentanten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach Kiew und Moskau entsandt wird, um

mit beiden Konfliktparteien einen sofortigen Waffenstillstand mit Regelungen für eine Feuerpause, die Entflechtung der beteiligten Truppen, der Überwachung beider Vereinbarungen sowie den zeitnahen Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen in die umkämpften Gebiete zu vereinbaren.

Begründung

Nach dem derzeitigen Stand der Dinge ist ein zeitnahes Ende des bewaffneten Konflikts in der Ukraine eher unwahrscheinlich. Statt einer Verhandlungslösung deutet sich ein langer Abnutzungskrieg an, in welchem die Ukraine auf Jahre hinaus wirtschaftliche, finanzielle und militärische Unterstützung benötigt. Dies kann weder im Interesse aller beteiligten Parteien und schon gar nicht im Interesse der betroffenen Menschen sein.

Daher müssen jetzt für eine schnellstmögliche Beendigung des Krieges in der Ukraine zeitnah konkrete Schritte unternommen werden. Dazu ist es notwendig, alle Gesprächskanäle mit der russischen Seite offenzuhalten, um deutlich zu machen, dass es für Russland immer noch einen gangbaren Weg aus diesem Konflikt gibt, wenn gewisse Grundbedingungen wie der Rückzug russischer Truppen aus ukrainischem Staatsgebiet erfüllt sind.

Notwendig ist jetzt die schnelle Öffnung aller diplomatischen Kanäle und das gemeinsame Erarbeiten von Lösungsvorschlägen durch alle direkt oder indirekt am Krieg in der Ukraine Beteiligten.

Grundlage einer wie auch immer gearteten Friedensregelung muss selbstverständlich das Prinzip sein, dass Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürfen. Das damit einhergehende Recht auf territoriale Integrität, welches allen Staaten gleichermaßen zukommt, ist nicht zuletzt auch das Erkenntnis zu Menschenrechten, welches unter keinen Umständen verhandelbar ist.

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 15.06.2023)